

Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschusssdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

45. Sitzung
14. November 2024

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 16.57 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) und Herrn Staatssekretär Liecke (SenBJF) repräsentiert. Überdies ist Frau Kerstin Stappenbeck (Leiterin der Abteilung III – Jugend und Kinderschutz / SenBJF) anwesend.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Sie stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.

Sie weist auf die durch die Mitteilung zur Einladung geänderte Tagesordnung hin.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf.

- „In seinem Urteil vom 05.11.24 hat das Bundessozialgericht entschieden, dass Dozent*innen an Volkshochschulen auch in den Jahren vor dem Herrenberg-Urteil 2022 nicht grundsätzlich als Selbstständige gelten können und eine Rentenversicherungspflicht daher einzelfallabhängig auch rückwirkend gelten kann. Welche konkreten, finanziellen und strukturellen Maßnahmen übernimmt der Senat, um potentielle Ansprüche, die bei den bezirklichen Volkshochschulen aus dem Urteil erfolgen können, erfüllen zu können?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- „Am vergangenen Freitag fand der „Runde Tisch Kita“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Kitalandschaft statt. Ich frage den Senat: Wie verlief dieses Treffen?“
(Fraktion der CDU)
- „Wie schätzt der Senat die Auswirkungen auf das Startchancenprogramm für Berlin ein, sollte der Bundeshaushalt bis zur Bildung einer neuen Bundesregierung nicht beschlossen sein?“
(Fraktion der SPD)
- „Der Haushaltsbeschluss sieht in Verbindung mit dem Maßnahmenpaket zur Prävention von Jugendgewalt eine deutliche Stärkung des Landesprogramms Stadtteilmütter vor, 15 Stadtteilmütter sollen neu ausgebildet, bereits aktive Stadtteilmütter zielgerichtet weiterqualifiziert werden. Die zugehörigen Träger führen bereits Vorstellungsgespräche durch, gleichzeitig muss Berlin sparen. Kann der Senat den vollumfänglichen Ausbau des Stadtteilmütter-Landesprogramms zum jetzigen Zeitpunkt zweifelsfrei zu sichern?“
(Fraktion Die Linke)
- „Wie ist der aktuelle Sachstand zur Verbesserung des Vergabeverfahrens zum Schulmittagessen und der Nachprüfungsverfahren nach erfolgten Einsprüchen und Klagen?“
(AfD-Fraktion)

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) beantwortet die schriftlich eingereichten und spontane, mündliche Fragen sowie Nachfragen der Ausschussmitglieder (vgl. Inhaltsprotokoll).

b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) berichtet zu aktuellen Ereignissen aus dem Bereich der Senatsverwaltung und beantwortet diesbezügliche Nachfragen der Ausschussmitglieder. (siehe Inhaltsprotokoll).

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Die Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass die AfD-Fraktion eine neue Wahlvorlage eingereicht habe.

Sie stellt fest, dass für die Position des stellvertretenden Schriftführers die AfD-Fraktion gemäß den §§ 25 Abs. 2, 19 Abs. 1, S. 2 GO Abghs vorschlagsberechtigt sei.

Die AfD-Fraktion schlägt Herrn Abg. Tabor (AfD) für die Position des stellvertretenden Schriftführers vor. Die Vorsitzende stellt das Einverständnis des Herrn Abg. Tabor (AfD) mit der Kandidatur fest.

Herr Abg. Weiß (AfD) beantragt die Durchführung der geheimen Wahl.

Die Vorsitzende stellt fest, dass nach § 74 Abs. 2 i. V. m. § 26 Abs. 9 GO Abghs bei einem Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl eine geheime Wahl durchgeführt werden müsse.

In dem vorliegenden Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl liege ein Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl, so dass die Wahl geheim durchzuführen sei.

Die Vorsitzende gibt folgende Hinweise zum Verfahren bei einer geheimen Wahl im Ausschuss nach den §§ 74, 25 Abs. 2, 26 Abs. 9 GO Abghs:

- Die Wahl erfolge ohne Aussprache.
- Gewählt sei, wer die einfache Stimmenmehrheit erhalte. Etwaige Enthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Stimmenmehrheit außer Betracht.
- Sie werde die Namen der wahlberechtigten Abgeordneten zu Beginn des Wahlgangs verlesen.
- Die Schriftführerin, Frau Abg. Wojahn (Bündnis 90/Die Grünen), werde jedem wahlberechtigten Abgeordneten nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine einen Stimmzettel aushändigen.
- Der Stimmzettel sehe die Möglichkeit vor, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen. Es dürfe nur ein Feld angekreuzt werden. Stimmzettel ohne ein Kreuz, mit mehre-

ren Kreuzen, anders als durch ein Kreuz gekennzeichnet oder mit zusätzlichen Bemerkungen oder Kennzeichnungen seien ungültig.

- Der Stimmzettel sei in der Wahlkabine auszufüllen und in der Wahlkabine zu falten, so dass der Inhalt nicht mehr zu sehen sei.
- Abgeordnete, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder falten, werden zurückgewiesen.
- Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), werde nach dem Einwerfen des gefalteten Stimmzettels in die Wahlurne die jeweilige Stimmabgabe vermerken und den jeweiligen Namen auf der Liste abhaken.

Die Vorsitzende eröffnet den Wahlvorgang und verliest die Namen der wahlberechtigten, anwesenden Abgeordneten. Diese gehen nach Namensaufruf einzeln zu der im Sitzungssaal aufgestellten Wahlkabine und geben gemäß des zuvor dargestellten Verfahrens bei einer geheimen Wahl ihre Stimme ab.

Nach der Durchführung der Wahl fragt die Vorsitzende, ob alle wahlberechtigten Abgeordneten, deren Namen sie verlesen habe, gewählt haben. Es erfolgt kein Widerspruch. Die Vorsitzende schließt daraufhin den Wahlgang.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), und die Schriftführerin, Frau Abg. Wojahn (Bündnis 90/Die Grünen), nehmen die Auszählung vor und tragen das Ergebnis auf einem Formular ein, das sie beide unterzeichnen.

Die Vorsitzende verliest das auf dem Formular vermerkte Auszählungsergebnis. Es seien insgesamt 22 Stimmen abgegeben worden, die alle gültig seien. Es lägen 20 Nein-Stimmen und 2 Ja-Stimmen vor.

Die Vorsitzende stellt nach den §§ 26 Abs. 9, 74 Abs. 7 GO Abghs formal fest, dass Herr Abg. Tabor (AfD) nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktueller Stand sowie Maßnahmen zur Integration
für unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0269](#)
BildJugFam

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Situation der unbegleiteten minderjährigen
Geflüchteten in Berlin**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0164](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesen Punkten eine Anhörung durchgeführt werde.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Frau Abg. Usik (CDU) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) für die Antrag stellenden Koalitionsfraktionen der CDU und SPD.

Frau Abg. Seidel (Die Linke) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b) für die Antrag stellenden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) und Frau Kerstin Stappenbeck (Leiterin der Abteilung III - Jugend und Kinderschutz / SenBJF) nehmen anhand einer PowerPoint-Präsentation Stellung.

Folgende Anzuhörende werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Konstanze Fritsch, Diplom-Pädagogin, Diplom-Kriminologin und Geschäftsführerin des Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e. V.,
- Frau Lieke Sparidaens, Mitarbeiterin beim Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V.,
- Herr Candan Ögütçü, Geschäftsführer der navitas gemeinnützige GmbH,
- Frau Helen Sundermeyer, Referentin beim Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.

Zudem ist Herr Rainer Schwarz, Jugendamtsdirektor des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg, anwesend und nimmt Stellung.

Im Rahmen der Beratung nehmen Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) und Frau Kerstin Stappenbeck (Leiterin der Abteilung III - Jugend und Kinderschutz / SenBJF) Stellung beantworten und Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss daran beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Punkte 3 a) und 3 b) zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0157](#)
Personalbedarf und -ausstattung in den Regionalen Sozialpädagogischen Diensten und den stationären Hilfen zur Erziehung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0213](#)
Quo Vadis Hilfen zur Erziehung: Herausforderungen, Chancenjahr und Entwicklungen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) BildJugFam

Die Vorsitzende weist einleitend darauf hin, dass diese beiden Besprechungspunkte bereits in Verbindung mit einer Anhörung auf der Tagesordnung der 31. Sitzung am 11. Januar 2024 gestanden haben und zwecks Anfertigung und Auswertung des Wortprotokolls vertagt worden seien. Das diesbezügliche Wortprotokoll liege vor, so dass in der heutigen Sitzung dessen Auswertung vorgenommen werden könne.

Der jeweilige Besprechungsbedarf sei bereits in der besagten Sitzung begründet worden.

Im Anschluss an eine kurze Beratung beschließt der Ausschuss aus zeitlichen Gründen aufgrund des bevorstehenden Sitzungsendes einvernehmlich, die Punkte 4 a) und 4 b) zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0262](#)
Konzeptionelle Ausgestaltung des neuen Landesinstituts für Aus-, Fort- und Weiterbildung
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) BildJugFam
- b) Vorlage – zur Beschlussfassung – [0279](#)
Drucksache 19/1975 BildJugFam
Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Haupt

Aufgrund des bevorstehenden Sitzungsendes kommt der Ausschuss überein, den Besprechungspunkt zu Punkt 5 a) zu vertagen und die Gesetzesvorlage zu Punkt 5 b) kurz zu beraten und sie dann abzustimmen.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) erläutert die Vorlage zur Beschlussfassung.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen, dem Plenum zu empfehlen, die Vorlage zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1975 – anzunehmen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

Punkt 6 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|---|
| a) | Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/1647
„Vitamin N“ für Stadtkinder – Natur für alle: mehr
Naturerleben ermöglichen, Naturentfremdung
überwinden | 0256
BildJugFam
UK(f) |
| b) | Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/1648
Gesamtkonzept zur Natur- und Umweltbildung:
Wohlgefühl in der Natur statt Klima-Angst im
Klassenzimmer | 0257
BildJugFam
UK(f) |

Die AfD-Fraktion verzichtet auf eine Begründung der Anträge.

Ohne eine Stellungnahme des Senats und ohne Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 6 a):

Der Antrag – Drucksache 19/1647 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz.

Zu Punkt 6 b):

Der Antrag – Drucksache 19/1648 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1881
**Mittagessenversorgung an Berliner Schulen
sicherstellen – Kostenfreiheit für Schulessen und
Kita-Besuch erhalten!**

[0272](#)
BildJugFam
Haupt

Frau Abg. Brychcy (Die Linke) begründet den Antrag.

Ohne eine Stellungnahme des Senats und ohne Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, dem Plenum zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/1881 – abzulehnen.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass sie im Anschluss an diese Sitzung eine Runde der Sprecherinnen und Sprecher zur Festlegung der Tagesordnung der nächsten Sitzung einberufen werde.

Die nächste (46.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 28. November 2024, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sandra Khalatbari

Tonka Wojahn